



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



Dokumentation
AMBA Fachveranstaltung
„Geflüchtete schützen – Schutzkonzepte in Gemeinschaftsunterkünften“

23.05.19, 16:00-19:00 Uhr, Hannover
Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

1) Sabine Hess, Uni Göttingen
„Zur besonderen Lage geflüchteter Frauen: der migration-violence nexus“

Niedersachsen-weites Forschungsprojekt: „Genderaspekte in Flucht- und Aufnahmepolitiken“

- Frauenanteil in Fluchtbewegungen mittlerweile zwischen 40 und 50 %
- in Deutschland lange Zeit geringer, wurde 2015 analysiert von Medien, neue Aufmerksamkeit auf Geschlechterverhältnisse: „Frauen und Kinder zuletzt“ → eindrückliches Bild, dass Flucht scheinbar männliches Unterfangen ist
- negiert, dass Frauen genauso häufig Asyl suchen, bewegen sich aber anders auf Fluchtrouten, erreichen Europa anderweitig
→ Gründe: Brutalisierung der Wege, mangelhaftes Vorhandensein von Schutz- und Fluchtkorridoren
- v.a. Herbst 2015 – Frühjahr 2016: Schließung der sog. „Balkanroute“ → Frauenanteil massiv gestiegen; Schließung der Route hat v.a. Frauen und Kinder getroffen; nun festsitzend in Serbien, Griechenland etc.
- Routen v.a. seit März 2016 stark durch Gewalt und Brutalität gekennzeichnet
- 2019: Frauenanteil 42 % (gemessen an Zahl der Asylanträge, Frauen stellen aber häufig keinen eigenständigen Asylantrag → „fallen statistisch durch“)

Spezifische Bedingungen von Frauen auf Flucht:

- müssen oft zurückbleiben (Care-Verantwortung, patriarchale Verhältnisse, etc.), weil ihnen zugetraut wird, besser für zurückgebliebenen Familie sorgen zu können; kommen dann oft nach
- oft spezifische Netzwerkstrategien, gebräuchliche Wege Länder zu verlassen
- immer: besonders verletzlich
Gründe: Care-Verantwortung, viele reisen mit kleinen Kindern und/oder Eltern, körperliche Verfasstheit (z.B. Sahara-Durchquerung trifft Frauen meist anders als Männer), patriarchale Vorstellungen, sexualisierte Gewalt
- UNHCR spricht schon lange spezifisch über Frauen und Mädchen auf der Flucht, Thema ist im globalen Raum nicht neu
Deutschland: Thema erst spät angekommen
Internationale Fluchtforschung: „migration-violence nexus“ oder „Gewaltkontinuum“
Gewalt als durchgehend strukturierendes Element (für Frauen in besonderem Maße);
Frauen sind auf ihrer Flucht mit spezifischen Gefahren konfrontiert
→ money or (transactional) sex

- Grenzpolizeien, Schmuggler, Arbeitsverhältnisse, Mitreisende, Geografie, Körper, Natur, erhöhte Verletzungsoffenheit, erhöhte Abhängigkeit
- Körper wird oft zur Währung
- bis in den Aufnahmekontext hinein besonders häufig Opfer von Gewalt
- Gewalt und Tod sind vergeschlechtlicht (bspw. Mittelmeer: Todeszahl von Frauen und Kindern überproportional)
- Kontinuum muss im Blick behalten werden; Außengrenzen sind brutalisiert, dort sitzen Frauen und Kinder fest
- Studien zeigen: strukturelle und legitimierte Gewalt der Grenzpolitiken – staatliche Einheiten schreiten zu Gewalt, um „Westeuropa“ abzuschotten

→ Medica Mondiale: „Positionspapier Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften“

aber: Vorsicht vor Verengung von Frauen auf Opferrolle
 Frauen, die die Flucht geschafft haben, haben Strategien entwickelt
 Routen sind nur zu bestehen, wenn sich *communities of care* herausbilden

Internationale und europäische Rechtsakte:

UNHCR: Guidelines for Protection 1991

UNHCR: Agenda for Protection 2003

UNHCR: Handbook for the Protection of Women and Girls 2008

Europarat: Erklärung 1765 und Empfehlung 2010

Europarat Istanbul Convention: Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, in Kraft seit Feb. 2018

EU Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU

grundsätzliches Dilemma: mittlerweile elaborierte Gewaltschutzparagrafen für Geflüchtete: Ausländerrecht steht dem diametral entgegen (kein Schutzrecht)

Statistiken zu Gewalterfahrungen kaum verfügbar, BAMF übermittelt keine Zahlen
 offiziell: 1 % (...)

Asyl greift Thematik der Gewalterfahrungen auf Fluchtrouten nicht auf, ebenso Gewalt in der Ehe, v.a. bei sog. Sicheren HKL

2) Johanna Elle, Uni Göttingen

„Instrumente für den funktionierenden Gewaltschutz. Partizipative Gesprächsrunden und unabhängiges Beschwerdemanagement“

Forschungsprojekt „Gender, Flucht, Aufnahmepolitiken“ Uni Göttingen

Teil von bundesweitem Projekt:

- Medienanalyse
- Aufnahme- und Ankunftspolitiken (Uni Göttingen)
- Gewaltprävention (Uni Osnabrück)
- Arbeitsmarkt

Ankunfts- und Aufnahmepolitiken

Niedersachsen: Situation von geflüchteten Frauen

Partizipative Gesprächsrunden:

Gesprächsrunden mit geflüchteten Frauen* über Lebenssituation; 5 Gruppengespräche (insg. 26 Frauen), 2 Auswertungsgespräche

- Wie erleben Sie Ihre Situation?
- Wo sehen Sie selbst Probleme & Schwierigkeiten?
- Was sind Ihre Strategien gegen Missstände und Gewalt / Ihre Forderungen?

→ sehr vielschichtige Problemlagen & Forderungen; Thema „Sicherheit“ wurde ausgeweitet

- Säulen:
Partizipation
interprofessionelle Zusammenarbeit
Traumasensibilität
Empowerment
- Gespräche wurden an bestimmtem Punkt geblockt, um Retraumatisierung zu vermeiden; Gespräche über krasse Ereignisse können auch bei Zuhörer*innen viel auslösen; in Andeutungen aber viel zu Gewalterfahrungen auch außerhalb der Unterkünfte, beispielsweise im HKL oder auf Fluchtrouten
- aber im Nachhinein Möglichkeit der Einzelgespräche mit begleitender Therapeutin, abseits von großen Gesprächsrunden

→ kein Instrument, Gewalterfahrungen auszutauschen

- Frauen haben selbst darauf gedrängt, nicht nur über Gewalterfahrungen zu sprechen, sondern haben viel Wert und Fokus auf (politische) Forderungen gelegt
- Frauennotruf: kann als politische Instanz für die Rechte der Frauen eintreten

Ergebnisse:

- psychische / körperliche Belastung von Erlebnissen im HKL
- Verantwortung, allein mit Problemen
- fehlende Sicherheit und belastende Situation in Unterkünften
- Druck durch community
- fehlende soziale Netzwerke
- Unterstützung durch Ehrenamtliche & Hauptamtliche
- u.v.m.

Anregungen:

- Selbstartikulation
- Sprache
- längerfristige Gesprächsangebote (Frauencafés o.ä.)
- Räume
- Unterstützung von Frauenselbstorganisation

siehe: Frauenhauskoordination Göttingen → unabhängiges Beschwerdemanagement für Materialien demnächst verfügbar: Broschüre „Wir wollen Sicherheit“, erhältlich bei FlüRa NS, Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff), online unter: <http://gender-flucht.uni-osnabrueck.de>

Vorbild: mehrstufiges Beschwerdesystem aus Berlin:

Bewohner*innenräte (Geflüchtete als Expert*innen für eigene Lebenssituation)

externe Stellen für konkrete Probleme

3) Johanna Lal, Laura Müller, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Lösungsansätze: Überblick über Gewaltschutzkonzepte

siehe Broschüre Bundesfamilienministerium und UNICEF

derzeitiger Stand: Bundesinitiative ausgelaufen, inkl. Gelder

→ wie können (Kommunen gegenüber) diesbezüglich Impulse gesetzt werden? (Kostenfrage, etc.)

Ausgangslage:

Deutschland: ca. 18.900 Asylanträge (März 2019)

Geflüchtete in Erstaufnahmelagern in Niedersachsen: 3.120 (Stand 1.12.18)

Geflüchtete in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften: ca. 10.000 (Stand Januar 2019) (aber Vorsicht: vermutlich höhere Zahl, genauere Auskünfte wurden von kommunalen Spitzenverbänden verweigert)

Konflikt- und gewaltfördernde Strukturen in GUs:

- fehlende Privatsphäre
 - fremdbestimmtes Wohnen
 - fehlende Rückzugsmöglichkeiten
 - beengter Raum
 - bürokratische und ungeschriebene Regeln
 - unbekannte Menschen
 - fehlendes Wissen / Orientierung
 - Phasen ohne Beschäftigung
 - unklare Perspektiven
 - Lärm
 - Bedrohung: Abschiebung
 - u.v.m.
-
- AOK-Studie: rund 75 % der Schutzsuchenden aus den Haupt-Herkunftsländern haben Gewalterfahrungen, oft mehrfach traumatisiert
 - unzählige Triggerfaktoren in Gemeinschaftsunterkünften: Gerüche, Enge, Lärm, u.v.m.
 - unabhängig von sozialer Arbeit vor Ort: es gibt immer Strukturen in GUs, die strukturell gewalt- und konfliktauslösend sind → es braucht zwingend und standardisiert Gewaltschutzkonzepte
 - Gewaltformen: rohe Gewalt, häusliche Gewalt, psychische Gewalt, sexualisierte Gewalt, Menschenhandel, Kindeswohlgefährdung
→ für alle in der GU lebenden und arbeitenden Menschen müssen diese bekannt sein, um Arbeiten daran zu ermöglichen

siehe: Paritätische BaWÜ: Handlungsleitfäden für Gewaltvorkommnisse (wer ist für welche Gewaltformen anzusprechen, welche Handlungsmöglichkeiten gibt es?)

Mindeststandards (bspw. Bundesfamilienministerium & UNICEF-Broschüre; bisher nur auf Empfehlungsebene):

- Einrichtungsinternes Schutzkonzept
Risikoanalyse – gibt es dunkle Ecken, gibt es Duschzeiten, sind Duschen abschließbar
Schutzfaktoren – gibt es kinderfreundliche Orte
Leitbild
- Personalmanagement
klarer Verhaltens- und Rollenkodex (bspw. Hausmeister übernimmt nicht Sozialarbeitsaufgaben)
Sensibilisierung
Fortbildungen
- interne und externe Kooperation

aktive Aufklärung – Empowerment, Wissen der Bewohner*innen aufbauen, nicht nur Flyer, sondern in allen Gesprächen, Aufklärung über Rechte

Hausordnung¹ – für alle einsehbar, übersetzt in möglichst viele Sprachen

Ansprechpartner*innen

Beschwerdemanagement

- Risikomanagement
klare Handlungsabläufe, standardisierte Verfahren; ab wann soll / muss Polizei dazukommen?
- menschenwürdige, schützende & fördernde Rahmenbedingungen
bauliche Maßnahmen (mit Kosten verbunden...!), Rückzugsorte, kinderfreundliche Orte; bspw. Räumen für Frauen, um sicher Kopftuch abnehmen zu können
- Monitoring und Evaluation
Dokumentation, Transparenz, Weiterentwicklung, Einbeziehung von Geflüchteten selbst!

Schutzkonzept – Aufbau:

- Respekt und Kultur der Achtsamkeit, Vertraulichkeit und Privatsphäre
- bauliche Schutzmaßnahmen
- Rückzugsmöglichkeiten und zielgruppenspezifische Angebote
- Beratung und Vermittlung
- Beschwerdemöglichkeiten
- Personalmanagement
- Notfallpläne, Handlungsleitfäden
- Verhaltenskodex
- Risikoanalyse

4) Juana Steberl, Kargah e.V.

Problemlagen konkret: Einzelfälle aus der Praxis

Kargah e.V.: Migrant*innenorganisation seit 1980, gegründet durch Exil-Iraner*innen
Bildungs-, Beratungs-, Begegnungsort

drei Schwerpunkte:

- Bildung & Qualifizierung (kostenlose und zulassungsfreie Deutschkurse, PC-Kurse, Hausaufgabenbetreuung u.a.)
- Beratung („Suana“: für häusliche Gewalt, Zwangsheirat, Stalking (Berater*innen mit diversen Sprachkompetenzen)
- Niedersächsisches Krisentelefon gegen Zwangsheirat (0800/0667 888)

→ Frauenschwerpunkt

außerdem: Flüchtlingsbüro (asylverfahrens- und aufenthaltsrechtliche Beratung, niedersächsische Beratungsstelle für Härtefälleingaben, Beratung für Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere, ehrenamtliches Schreibcafé, Wohnungsamtsprojekt, u.v.m.)

Beispiele aus der Praxis:

1. Frau wurde als Sozialarbeiterin mehrmals Zeugin von häuslicher Gewalt in der GU; wendete sich an Vorgesetzten, der reagierte mit „Das geht uns nichts an, was hinter geschlossenen Türen passiert, ist nun mal eine andere Kultur!“

→ entwickelte die Auffassung, dass alle afghanischen Männer ihre Frauen schlagen

¹ Recht auf Wohnung: Eindringen in Wohnraum ist nicht rechtens, niemand hat ohne Gerichtsbeschluss oder Einwilligung Zugang zur Wohnung (Recht auf Privatsphäre!); siehe Broschüre FlüRa NS

Was fehlte?

- klare Zuständigkeiten
- niedrigschwellige Beschwerdestelle / Vertrauensfrage
- Sensibilisierung des Personals
- Schulung des Personals, wo und wie kann der gewaltbetroffenen Person geholfen werden?
- Supervision, interkulturelle Schulung

2. Homosexueller Mann in Kleinstadt in NS untergebracht, sonst keine Beratungsangebote vor Ort; sein Problem: wird nicht offen angegriffen, aber konstant unter Druck gesetzt; Männer in seinem Mehrbettzimmer stellten ständig Fragen, fühlte sich auch von Security-Mitarbeiter*innen schräg angeguckt; sprach nur Französisch, aber in GU mit Arabisch sprechenden Männern, hatte konstant das Gefühl, Menschen würden über ihn sprechen

Umverteilungsantrag wurde abgelehnt, weil keine konkreten Gewaltvorfälle vorlagen

Was fehlte?

- Möglichkeit, queere Geflüchtete problemlos in besonderen Schutzräumen unterzubringen
- Einzelzimmer
- niedrigschwellige Beratung vor Ort, Vertrauensperson, Heimbeirat

3. Gutes Beispiel:

Afghanisches Ehepaar wollte sich einvernehmlich trennen; mit Sozialarbeiter*innen besprochen, Sprachmittlung dabei, über nächste Schritte aufgeklärt; getrennte Zimmer in gleicher GU bekommen, getrennte Konten & und Geldauszahlung; außerdem zusätzlicher Termin bei Suana angeboten, gab aber keinen Bedarf

Fazit:

- Zuständigkeiten
- Schulung
- Möglichkeiten der räumlichen Trennung
- Bewusstsein, dass kultureller Hintergrund keine „Entschuldigung“ für Gewaltausübung ist
- Beratung auf Augenhöhe
- niedrigschwelliges partizipatorisches Beschwerdemanagement
- Bedenken, wie Zielgruppe erreicht werden kann (bestimmte Angebote werden eher „um die Ecke“ angenommen, z.B. Themen zum Austausch setzen in Café-Format)

→ Einführung verbindlicher Gewaltschutzkonzepte in GUs



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung



UNO-Flüchtlingshilfe